FREIBERUFLER-TICKER vom 2. Oktober 2026

1. Vollmachtsdatenbank in der Sozialversicherung (VDB SV)

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales genehmigte im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen die Gemeinsamen Grundsätze für die Vollmachtsdatenbank in der Sozialversicherung. Damit liegt ein wesentlicher Baustein für die Umsetzung des mit dem Vierten Bürokratieentlastungsgesetz eingeführten § 105a SGB IV vor. Ab 2028 sollen Vollmachten gegenüber Sozialversicherungsträgern zentral digital nachgewiesen werden können. Der bislang häufig erforderliche schriftliche Vollmachtsnachweis entfällt damit in vielen Fällen. Ziel der Neuregelung ist der Abbau bürokratischer Belastungen und die weitere Digitalisierung der Verwaltungsverfahren in der Sozialversicherung. Die verpflichtende Nutzung durch abrufberechtigte Stellen ist ab 2030 vorgesehen. Erarbeitet wurden die Grundsätze von der Bundessteuerberaterkammer gemeinsam mit den beteiligten Trägern der Sozialversicherung.

2. Studie sieht deutliche Lücken beim KMU-Test

Eine neue Studie zieht eine kritische Bilanz des KMU-Tests in der EU-Gesetzgebung. Der KMU-Test soll nach dem Prinzip „Think Small First“ sicherstellen, dass Belastungen von KMU frühzeitig erkannt und bei der Ausgestaltung neuer EU-Regeln berücksichtigt werden. Untersucht wurden 224 Folgenabschätzungen der Europäischen Kommission. Von 172 als KMU-relevant eingestuften Folgenabschätzungen enthielten lediglich 91 einen KMU-Test. Häufig bleiben die Analysen oberflächlich: Kosten und Nutzen werden nur selten belastbar quantifiziert, indirekte und kumulative Belastungen kaum untersucht und unterschiedliche Unternehmensgrößen unzureichend berücksichtigt. Zudem würden in Konsultationen geäußerte Anliegen von KMU zwar dokumentiert, hätten aber oftmals nur begrenzten Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung der Gesetzgebung. Die Studie empfiehlt unter anderem, „Think Small First“ über den gesamten Gesetzgebungszyklus anzuwenden. Wesentliche Änderungen durch Parlament und Rat sollten diesbezüglich auf KMU-Auswirkungen erneut geprüft werden. Zudem wird geraten, KMU stärker und repräsentativer zu konsultieren sowie direkte, indirekte und kumulative Regulierungskosten systematischer zu erfassen.

3. ERP-Sondervermögen: Bundesregierung legte Wirtschaftsplan 2027 vor

Die Bundesregierung legte den Entwurf des ERP-Wirtschaftsplangesetzes 2027 vor, wie der Deutsche Bundestag am 29. September 2026 berichtete. Für die im Wirtschaftsplan vorgesehenen Förderzwecke sollen Mittel aus dem ERP-Sondervermögen in Höhe von rund 1,19 Milliarden Euro bereitgestellt und damit Finanzierungen von insgesamt knapp zwölf Milliarden Euro ermöglicht werden. Das Volumen der ERP-Kreditprogramme soll gegenüber 2026 um 600 Millionen Euro steigen. Adressiert wird insbesondere der Mittelstand; im Gesetzentwurf werden Angehörige der Freien Berufe ausdrücklich als Förderberechtigte genannt. Zu den Finanzierungszwecken zählen unter anderem Existenzgründungen und Wachstumsfinanzierungen einschließlich Unternehmensübernahmen, Innovation und Digitalisierung sowie Exportfinanzierung. Die Programme werden im Wesentlichen über die KfW und Hausbanken umgesetzt.

4. Öffentliches Fachgespräch des Parlamentarischen Beirats zur Veränderung der Arbeitswelt durch KI

Künstliche Intelligenz (KI) verändert Arbeitsplätze, vernichtet sie aber derzeit nicht. Zu diesem Ergebnis kamen Sachverständige in einem öffentlichen Fachgespräch des Parlamentarischen

Beirats für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen zur „Zukunft der Arbeit“ laut einer Mitteilung des Deutschen Bundestages vom Ende vergangener Woche. Nach Einschätzung der Expertinnen und Experten halten sich Arbeitsplatzverluste und Arbeitsplatzgewinne durch KI aktuell weitgehend die Waage. Statt eines Beschäftigungsabbaus führe die Technologie vor allem zu veränderten Tätigkeitsprofilen und neuen Kompetenzanforderungen. Als zentrale Herausforderung wurde die Akzeptanz von KI in der Belegschaft genannt, da neben Aufgeschlossenheit auch erhebliche Skepsis bis hin zu Ablehnung bestehe. Hier sei insbesondere die Qualifizierung der Arbeitskräfte und die Förderung der Ausprägung von Soft Skills entscheidend. Zugleich warnten Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft davor, die Einführung von KI durch zusätzliche Bürokratie und kostenintensive Regulierung zu erschweren.

5. Bundeskabinett beschließt Aktionsplan Nachhaltigkeit

Das Bundeskabinett beschloss am 30. September 2026 den Aktionsplan „Nachhaltigkeit für ein modernes und zukunftsfähiges Deutschland“. Er soll die Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beschleunigen und stärker auf konkrete Ergebnisse ausrichten. Kern sind 20 ressortübergreifende Missionen, die bis zum Ende der Legislaturperiode Verbesserungen für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Umwelt erreichen sollen. Zu den Handlungsfeldern zählen ein leistungsfähiger Staat und tragfähige Staatsfinanzen, eine leistungsfähige und nachhaltige Wirtschaft, gesellschaftlicher Zusammenhalt, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie internationale Verantwortung.

6. Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot gehen deutlich zurück

Deutschland muss langfristig mit einem deutlichen Bevölkerungsrückgang rechnen. Nach einer Ende vergangener Woche veröffentlichten Bevölkerungsprojektion des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) dürfte die Bevölkerung bis 2045 gegenüber 2024 um 5,9 Prozent und bis 2070 um 10,7 Prozent sinken. Besonders relevant für den Arbeitsmarkt: Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 67 Jahren geht in allen Arbeitsmarktregionen zurück. Regional fallen die Unterschiede erheblich aus. Während größere Städte sowie Universitäts- und Hochschulstandorte teils Bevölkerungsgewinne verzeichnen könnten, drohen in ländlichen Regionen im Osten Rückgänge von mehr als 30 Prozent. Für die Freien Berufe verschärft diese Entwicklung insbesondere die Herausforderungen bei Fachkräftesicherung, Nachfolge und flächendeckender Versorgung.

7. Durchschnittsalter der Bevölkerung in Gemeinden und Großstädten

Wie das Statistische Bundesamt am 1. Oktober 2026 mitteilte, stieg das Durchschnittsalter in Landgemeinden seit 2011 um 2,5 Jahre an, in Großstädten um 0,3 Jahre. Dabei erhöhte sich das Durchschnittsalter in ländlichen Gemeinden von 44,3 Jahren Ende 2011 auf 46,8 Jahre Ende 2025. In den Großstädten nahm das Durchschnittsalter von 2011 bis 2025 nur leicht zu: um 0,3 Jahre von 43,2 auf 43,5 Jahre. Auch bei Kleinstädten erhöhte sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung deutlich: um 2,2 Jahre von 44,1 auf 46,3 Jahre. Bei Mittelstädten stieg das Durchschnittsalter um 1,6 Jahre von 43,8 Jahren Ende 2011 auf 45,4 Jahre Ende 2025. Im Vergleich aller 16 Bundesländer hatten die Stadtstaaten die jüngste Bevölkerung. Am jüngsten waren die Menschen Ende 2025 mit durchschnittlich 42,3 Jahren in Hamburg, gefolgt von Berlin (42,8 Jahre) und Bremen (43,2 Jahre).

8. IAB-Prognose: Erwerbstätigkeit sinkt trotz besserer Konjunktur

Nach der Ende vergangener Woche erschienenen Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stabilisierte sich die Konjunktur nach Jahren der Wirtschaftsschwäche

zuletzt. Am Arbeitsmarkt bleibt die Lage angespannt. Die Zahl der Erwerbstätigen sinkt 2026 im Jahresdurchschnitt um 210.000 und 2027 um weitere 140.000. Zugleich geht das Erwerbspersonenpotenzial demografiebedingt erstmals zurück: 2026 um 70.000, 2027 um 140.000 Personen. Damit dürfte sich der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte weiter verschärfen. Auch für die Freien Berufe gewinnt die Sicherung von Beschäftigungs- und Ausbildungspotenzialen weiter an Bedeutung.

9. Anteil der Beschäftigten mit Einwanderungsgeschichte

Wie das Statistische Bundesamt am 28. September 2026 mitteilte, hatten 2025 gut ein Viertel der abhängig Beschäftigten in Deutschland eine Einwanderungsgeschichte, wobei dieser Anteil in vielen Mangelberufen deutlich höher lag. Besonders hoch war der Anteil bei Köchinnen und Köchen (56 Prozent), in der Lebensmittelherstellung (55 Prozent), bei der Bodenverlegung (54 Prozent) sowie im Gerüstbau und Fleischverarbeitung (je 51 Prozent). Deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt lag der Anteil der Beschäftigten mit Einwanderungsgeschichte auch in weiteren Mangelberufen, etwa bei Zahnmedizinischen Fachangestellten (32 Prozent). Gleichzeitig zeigte sich, dass die Integration in den Arbeitsmarkt mit zunehmender Aufenthaltsdauer steigt, wobei Herkunftsregion und Geschlecht ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

10. OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2026“ veröffentlicht

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlichte am 29. September 2026 ihre jährliche Studie „Bildung auf einen Blick 2026“. Der diesjährige Themenschwerpunkt liegt auf dem Lehrkräftemangel und auf der Attraktivität des Lehrerberufs. Laut OECD kann der Mangel nicht nur an offenen Stellen gemessen werden, sondern zeigt sich ebenso an nicht vollständig qualifizierten Lehrkräften, Langzeitabwesenheiten, Fach- und Regionalengpässen, Fluktuation und einer alternden Lehrerschaft. Die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildungseinrichtungen lagen in Deutschland je Bildungsteilnehmendem vom Primar- bis zum Tertiärbereich bei 16.430 US-Dollar. Das waren 1.569 US-Dollar mehr als der OECD-Schnitt von 14.861 US-Dollar. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt lagen die Gesamtausgaben mit 4,4 Prozent jedoch unter dem Schnitt der OECD-Länder, der 4,7 Prozent betrug. Zudem verfügen 41 Prozent der 25- bis 34-Jährigen über einen Abschluss im Tertiärbereich, also über einen Hochschulabschluss oder einen höherqualifizierenden beruflichen Abschluss, ein Plus von elf Prozentpunkten gegenüber 2015. Der Studie zufolge bleibt die duale Ausbildung eine Stärke des deutschen Bildungssystems, denn diese bot im internationalen Vergleich besonders gute Beschäftigungsperspektiven. Des Weiteren schließen 34 Prozent der Absolventinnen und Absolventen im Tertiärbereich mit in Deutschland erworbener Hochschulzugangsberechtigung ein MINT-Fach ab – der höchste Anteil im OECD-Vergleich.

11. Beschäftigungsquoten 2025 nach Bildungsstand

Wie das Statistische Bundesamt am 29. September 2026 mitteilte, näherten sich in Deutschland die Beschäftigungsquoten von Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren mit mittleren und hohen Bildungsabschlüssen zwischen 2015 und 2025 an. Bei Personen mit mittlerem Bildungsabschluss stieg die Beschäftigungsquote von 80 auf 83 Prozent, während sie bei Personen mit hohem Abschluss konstant bei 88 Prozent lag. Auch bei Personen mit niedrigem Bildungsabschluss erhöhte sich die Beschäftigungsquote von 59 auf 63 Prozent, blieb damit aber deutlich unter den Quoten höherqualifizierter. Zwischen den Bundesländern zeigten sich vor allem bei Personen mit niedrigem Bildungsabschluss große Unterschiede: 2025 lag die Beschäftigungsquote in Bayern bei 71 Prozent, in Berlin dagegen bei 53 Prozent.

12. Zahl der unter Dreijährigen in Betreuung rückläufig

Wie das Statistische Bundesamt am 29. September 2026 mitteilte, wurden zum Stichtag 1. März 2026 in Deutschland rund 756.700 Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen oder durch Tagespflege betreut, 5,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit ist die Zahl der betreuten unter Dreijährigen bereits das dritte Jahr in Folge gesunken und liegt 11,7 Prozent unter dem Höchststand von 2023. Die Betreuungsquote der unter Dreijährigen ging leicht von 37,8 im vergangenen Jahr auf 37,2 Prozent 2026 zurück. Auch die Gesamtzahl der betreuten Kinder sank erneut, und erstmals seit Beginn der Zeitreihe 2006 nahm die Zahl der Kindertageseinrichtungen ab. Während die Zahl der Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen noch leicht stieg, ging die Zahl der Tagesmütter und Tagesväter bereits im sechsten Jahr in Folge zurück.

13. Energiewende könnte deutlich mehr Beschäftigung schaffen

Der Ausbau erneuerbarer Energien könnte die Beschäftigung in Deutschland bis 2035 deutlich erhöhen. Nach einer Ende vergangener Woche veröffentlichten Studie der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung könnte die Bruttobeschäftigung von derzeit 436.300 auf 706.100 Personen steigen. Unter den in der Studie zugrunde gelegten Annahmen zu den aktuellen Gesetzesvorhaben wären es dagegen 519.500 – rund 186.600 Arbeitsplätze weniger. Auch die Investitionen könnten deutlich hinter dem für die Ausbauziele erforderlichen Niveau zurückbleiben: Statt 79 Milliarden Euro im Jahr 2035 wären demnach 52,1 Milliarden Euro zu erwarten. Zu den vom Ausbau profitierenden Bereichen zählt die Studie ausdrücklich Planungsbüros. Darüber hinaus sind verlässliche Rahmenbedingungen auch für weitere Freie Berufe wichtig, die die Transformation etwa mit Ingenieur-, Rechts-, Steuer- und Beratungsleistungen begleiten.

14. Gesellschaftlicher Zusammenhalt verbessert sich

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland erholte sich nach dem deutlichen Rückgang 2023 wieder etwas. Das zeigt der am 29. September 2026 veröffentlichte Religionsmonitor 2026 der Bertelsmann Stiftung. Der Gesamtindex steigt von 46 Punkten in 2023 auf 51 Punkte in diesem Jahr, bleibt damit aber unter dem Niveau von 2017 und 2020. Besonders deutlich verbessern sich die sozialen Beziehungen. Auch die Bereitschaft, sich für andere und das Gemeinwohl zu engagieren, ist vergleichsweise stark ausgeprägt. Das politische Interesse erreicht mit 65 Punkten einen Höchststand. Auf niedrigem Niveau bleiben dagegen die Verbundenheit mit dem Gemeinwesen und das Vertrauen in die Bundesregierung. Das Gerechtigkeitsempfinden liegt mit 25 Punkten auf dem niedrigsten Stand seit 2017. Für die Freien Berufe sind insbesondere die Befunde zu Gemeinwohlorientierung und gesellschaftlichem Engagement relevant. Sie zeigen, dass gesellschaftliche Verantwortung und freiwilliges Engagement weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

15. Drittmitteleinnahmen je Professur rückläufig

Wie das Statistische Bundesamt am 28. September 2026 mitteilte, erzielte 2024 eine Professorin beziehungsweise ein Professor an einer deutschen Universität durchschnittlich 325.400 Euro Drittmitteleinnahmen, 2,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Die RWTH Aachen lag mit 1,16 Millionen Euro Drittmitteln je Professur erneut an der Spitze, gefolgt von der Technischen Universität München und der Universität Stuttgart. Bei den gesamten Drittmitteleinnahmen führte die Technische Universität München mit 436 Millionen Euro, vor der RWTH Aachen mit 403 Millionen Euro und der Technischen Universität Dresden mit 296 Millionen Euro. Nach Fächergruppen verzeichneten die Ingenieurwissenschaften mit 715.600 Euro je Professur die

höchsten Drittmitteleinnahmen, gefolgt von Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften mit 707.400 Euro.

PARTNER DES
BFB DKV
Deutsche Krankenversicherung
Gemeinsam für starke Freie Berufe!